

Teilhabe statt Ausgrenzung

Auf Antrag der Linksfraktion befasste sich der Landtag mit dem Bundesteilhabegesetz

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE befasste sich der Thüringer Landtag im Rahmen einer Aktuellen Stunde am 10. November mit dem Thema „Bundesteilhabegesetz – so nicht! Konsequenzen für Thüringen?“. Was die Bundesregierung bisher vorgelegt habe, so die gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Karola Stange, in ihrer Rede, bleibe dem alten Fürsorgerecht verhaftet und widerspreche in weiten Teilen der UN-Behindertenrechtskonvention.

Forderungen aus Verbänden, Selbsthilfevertretungsorganisationen, Gewerkschaften oder Schwerbehindertenvvertretungen hätten im Gesetzentwurf keinen Eingang gefunden. Die Abgeordnete verwies auf Enttäuschung und Ärger, „aber auch Solidarität, vielfältige kreative Aktionen sowie klare Positionierungen“ und sie nannte die Stichworte #NichtMeinGesetz, „#TeilhabeStattAusgrenzung“, „Teilhabe jetzt!“ oder „Nachbesserung jetzt!“.

Die Linksfraktion habe in den letzten Monaten verstärkt Gespräche geführt und „wir werden uns auch auf Bundesebene weiterhin darum bemühen, dass die Forderungen der Vereine und Verbände noch mit aufgenommen werden“. Zwar gebe es auch positive Aspekte im Entwurf für das Bundesteilhabegesetz, wie die Verordnung für Frauenbeauftragte in den Werkstätten oder das Budget für Arbeit, aber vieles bleibe eben unberücksichtigt. Eine wesentliche Kritik beziehe sich auf das sogenannte Zwangspoolen, was in der Konsequenz bedeute, dass alle, die in einer Wohngruppe leben, Unternehmungen gemeinsam planen müssten, einen Kinobesuch etwa oder zum Einkauf. „Ich denke, das hat mit Selbstbestimmung und mit eigenständiger Lebensweise nichts zu tun“, betonte Karola Stange. Der Gesetzentwurf nehme das Recht auf freie Wahl von Wohnort und Wohnform. Er beinhalte kein Teilhabegeld, wie es lange gefordert wird, und die Regelung, dass Menschen in

fünf von neun Lebensbereichen Einschränkungen aufweisen müssen, um überhaupt Leistungen zu bekommen, werde viele Menschen ausgrenzen.

Entsprechend kam auch Kritik von der Thüringer Sozialministerin Heike Werner (LINKE). Wenngleich sie es zunächst begrüßte, dass die Eingliederungshilfe stärker auf den einzelnen Menschen zugeschnitten werden soll. Dem stehe gegenüber, dass z.B. „die Leistungsbeschränkungen für in Ein-



In Teilen harsche Kritik am Gesetzentwurf der Bundesregierung gab es auch beim Thüringer Sozialgipfel am 27. Oktober im Landtag.

richtungen der Behindertenhilfe lebende pflegebedürftige Menschen weiterhin beibehalten werden. Einkommen und Vermögen werden auf die Eingliederungshilfe angerechnet. All dies führt dazu, dass Menschen mit Behinderung weiterhin als Gegenstand staatlicher Fürsorge behandelt werden. Das ist sehr bedauerlich“. Offensichtlich habe die Bundesregierung „dem Sparziel den Vorrang vor der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben gegeben“, so die Ministerin, die die Notwendigkeit eines individuellen finanziellen Nachteilsaus-

gleichs hervorhob. „Nur dadurch gewinnen Menschen mit Behinderung die volle Souveränität über ihr Leben. Aus diesen Gründen haben wir die Bundesregierung aufgefordert, den Gesetzentwurf nachzubessern.“

Das widerspricht der Inklusion

Dazu habe die Landesregierung im Bundesrat konkrete Vorschläge unterbreitet und einen Entschließungsantrag eingebracht mit folgenden Forderungen: Einführung eines vom Bund finanzierten Bundesteilhabegeldes; keine Leistungsbeschränkungen für in Einrichtungen der Behindertenhilfe lebende pflegebedürftige Menschen; Fahrplan für den vollständigen Ausstieg aus der Anrechnung von Einkommen und Vermögen; Verdopplung der Höhe der zu zahlenden Ausgleichsabgabe bei Arbeitgebern, die keinen schwerbehinderten Menschen beschäftigen.

Abschließend sagte Ministerin Heike Werner: „Der Staat hat den Auftrag, die Voraussetzungen für gleichberechtigte Teilhabe zu schaffen. Ein wie auch immer gearteter Eigenbeitrag der Berechtigten beinhaltet eine Relativierung dieses Auftrags. Menschen mit Behinderung, die beruflich erfolgreich sind, werden somit für ihre Fähigkeiten und Anstrengungen benachteiligt.“

Menschen ohne Behinderung müssen demgegenüber keine vergleichbare Abgabe leisten. Das widerspricht dem Grundsatz der Inklusion, dem das Gesetz eigentlich folgen möchte. Unter anderem aus diesen Gründen ist der Gesetzentwurf zwingend nachzubessern. So habe ich auch Frau Stange verstanden, die gesagt hat: Wenn es keine grundsätzlichen Änderungen am Gesetzentwurf gibt, gibt es die Aufforderung an die Thüringer Landesregierung, dann dem Gesetzentwurf nicht zuzustimmen. Als Freistaat Thüringen werden wir natürlich diesen Prozess weiterhin kritisch und konstruktiv im Sinne der Menschen mit Behinderung begleiten.“ A. Rudolph ■

VON A BIS Z:

Demokratie-Ranking

Im neuen Länder-Ranking zur direkten Demokratie, das Mehr Demokratie am 16. November in Berlin vorgestellt hat, nimmt Thüringen auf der kommunalen Ebene den Spitzenplatz ein. Dank des am 8. November in Kraft getretenen Regelwerks für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide bekommt Thüringen die Note 1,6 und zieht an Bayern vorbei auf Platz 1. Beim Ranking 2007 war Thüringen noch das Schlusslicht unter den Bundesländern. „Das Engagement vieler Menschen, die für ihre Rechte eingetreten sind, und der Landtag, der sich hat bewegen lassen – das hat Thüringen nach vorn gebracht“, so Ralf-Uwe Beck, Vorstandssprecher von Mehr Demokratie Thüringen.

„Der von den rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen mit Mehr Demokratie Thüringen zu Ende gebrachte Reformschritt ist ein voller Erfolg mit Vorbildfunktion. Nun muss aber auch dringend für die Landesebene nachgebessert werden“, sagte die LINKE-Abgeordnete Anja Müller. Der Volksbegehrensbericht von Mehr Demokratie habe sehr deutlich gemacht, „dass der so genannte Finanzvorbehalt, vor allem in der in Thüringen besonders strengen Version, ein großes Hindernis für eine tatsächlich wirksame Bürgermitbestimmung in Thüringen ist“. Die Landespolitikerin verwies in diesem Zusammenhang auch auf das Verbot, über Abgaben abzustimmen. Daher müsse in der nächsten Reformrunde das so genannte Finanztabu mit angegangen werden. ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten und letzten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags für dieses Jahr sind anberaumt von Mittwoch, den 7. Dezember, bis Freitag, den 9. Dezember.

Im neuen Jahr beginnt der Landtag mit Sitzungen (jeweils mittwochs ab 14.00 Uhr und donnerstags und freitags ab 09.00 Uhr) an folgenden Terminen: 25. bis 27. Januar, 22. bis 24. Februar und 22. bis 24. März.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Tagungen auf der Besuchertribüne im Erfurter Landtag bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE melden (Tel. 0361 3772295).

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de ■

Digital-Konferenz

Die rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen laden in den Thüringer Landtag ein zur Konferenz „Thüringen. Digital. Gesellschaft“ am Montag, den 12. Dezember, 10 bis 17 Uhr, Raum F 125/125a. Dabei soll das Thema „Digitale Gesellschaft“ auf verschiedenen Ebenen beleuchtet werden, stehen Problemanalysen und Lösungsoptionen für die verschiedenen Lebensbereiche im Mittelpunkt. Die Konferenz beginnt mit Impulsreferaten zu den einzelnen Problemfeldern. Im Anschluss daran soll in fünf Workshops vertieft diskutiert werden, um Handlungsoptionen für Thüringen zu entwickeln, kündigen die Netzpolitikerinnen Katharina König (LINKE), Dorothea Marx (SPD) und Madeleine Henfling (Grüne) an. ■

Vergabegesetz

Erstaunt zeigte sich Dieter Hausold, Wirtschaftspolitiker der Linksfraktion, über Äußerungen des CDU-Abgeordneten Mario Voigt zum Thüringer Vergabegesetz. „Wider besseres Wissen behauptet er, dass im Wirtschaftsausschuss die Evaluationsergebnisse zum Vergabegesetz vorgelegt wurden. Aber das Wirtschaftsministerium hatte darauf verwiesen, dass die Auswertung noch nicht abgeschlossen sei, es also auch noch keine Ergebnisse geben könne. Rot-Rot-Grün wird im ersten Halbjahr 2017 ein Tarifreue- und Vergabegesetz vorlegen, welches Bürokratie abbaut und trotzdem an den wichtigen sozialen, ökologischen und innovativen Standards, wie sie die EU-Vorgaben vorsehen, festhält.“ ■

Unfallstatistik

Von Januar bis August erfasste die Thüringer Polizei 37.097 Straßenverkehrsunfälle. Das waren nach Mitteilung des Landesamtes für Statistik 1,6 Prozent mehr als im vergleichbaren Zeitraum 2015. Bei 4.373 Unfällen kamen Menschen zu Schaden (- 5,0 Prozent), 71 Personen verloren ihr Leben (4,1 Prozent weniger als in den ersten acht Monaten 2015). Schwerverletzt wurden 1.326 Personen (- 5,9 Prozent) und leichtverletzt 4.307 Personen (- 6,1 Prozent). Im August 2016 ereigneten sich auf Thüringer Straßen insgesamt 5.012 Unfälle. Das waren 243 Unfälle weniger als im August 2015. Die Anzahl der Unfälle mit Personenschaden erhöhte sich um 5,1 Prozent, 13 Menschen wurden getötet. ■